Schwerter Zeitung

Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Schadenersatz beansprucht werden.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger
Schwerter Volkszeitung
Schwerter Volksblatt

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde.

Welthofener Zeitung
Aplerbecker Zeitung
Langscheder Zeitung
Holzwickeder Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint werktäglich. — Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Braus. Telegr. Adr.: Braus, Schwerterruhr. Tel. 62. Postscheck: Dortmund 2852 Hannover 21874. Verantwortlich für Schriftleitung und Anzeigen: Hans Linner in Schwerte. Tel. 62.

Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. — Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 258 | Freitag, 2. November 1923 | 56. Jahrgang

Einzelnummer 1 Milliarde Mk.

Zum Geleit.

Du sollst nicht stehlen Geld noch Gut.
Nicht wuchern jemands Schweiß und Blut,
Du sollst auftun deine milde Hand
Den Armen in deinem Land.

Luther.

Neuigkeiten.

Der Berliner Korrespondent des „Newyork Herald" will wissen, daß Reichskanzler Stresemann auf Grund der Berichte, die ihm Cuno über die Haltung der Vereinigten Staaten abgestattet hat, wieder optimistischer geworden sei. Stresemann sei überzeugt, daß sich Präsident Coolidge nicht wie sein Vorgänger von den europäischen Angelegenheiten fernhalten werde.

*

Der Reichskommissar Dr. Heinze ist nach Berlin abgereist, um mit dem Reichskanzler über die Lösung der sächsischen Krise zu verhandeln.

*

Wie die „Zeit" mitteilt, hat der Reichskommissar für Sachsen, Dr. Heinze, nachdem ein neues Kabinett in Dresden gebildet worden ist, sein Amt in die Hände des Reichskanzlers zurückgegeben.

*

Der rheinische Provinziallandtag wird am Dienstag, den 6. November, zu einer Sondertagung in Barmen zusammentreten.

*

Die Zahl der Vollerwerbslosen beträgt allein in der Stadt Essen zurzeit 35 000. Außerdem sind 50- bis 60 000 Kurzarbeiter vorhanden.

*

Durch Schiedsspruch ist den Banken, die in der vorigen Woche das dreifache Gehalt der vorausgegangenen Woche bezahlt hatten, aufgegeben worden, eine zweite Zahlung in fünffacher Höhe zu leisten. An diesem Donnerstag wird dann im Reichsarbeitsministerium ein Schiedsgericht zusammentreten, das über die Lohnregelung für die laufende Woche und über die Frage der wertbeständigen Bezahlung entscheiden soll.

*

Der mexikanische Gesandte in Berlin, Alvarez del Castillo, hat Berlin verlassen, um sich in seine Heimat zurückzubegeben, wo ihn politische Aufgaben erwarten. Der Gesandte, der vor seiner Abreise von dem Reichskanzler empfangen wurde, hat sich in der kurzen Zeit seiner Berliner Amtstätigkeit in politischen und gesellschaftlichen Kreisen Sympathien erworben.

*

Vor dem Gebäude der Gemeindeschule Lepsiusstraße 26 in Berlin, wo etwa 500 Erwerbslose ihre Unterstützungen empfangen wollten, wurde ein Kohlenwagen überfallen und zum Teil seiner Ladung beraubt.

*

In München wurde die Gastwirtsfrau Marie Süßmeier in ihrer Wohnung in der Landsberger Straße, mit einem Beil erschlagen, aufgefunden. Geraubt wurden 100 Milliarden Mark und eine Uhr.

*

Heute vormittag fand in der St. Michaeliskirche in Hamburg der Trauergottesdienst für die bei den letzten kommunistischen Unruhen gefallenen Polizeibeamten statt. Mannschaften unter Gewehr hielten die Ehrenwache an den 17 Särgen. Nach Trostworten des Hauptpastors Stahe an die Hinterbliebenen dankte Bürgermeister Dr. Diestel im Namen der Stadt Hamburg den Toten für die bewiesene Treue. Nach der Feier setzte sich unter den Trauerklängen der Kirchenglocken der Trauerzug, dem Polizeiabordnungen und Marinemannschaften voranschritten, zur Begräbnisstelle in Bewegung.

*

Das älteste Hamburger Krankenhaus St. Georg beging die Feier seines 100jährigen Bestehens.

*

Das Wuchergericht Deggendorf in Niederbayern hat den Landwirt Josef Eder von Iffergmünd, der für einen Zentner Kartoffeln eine Goldmark, damals 216 Millionen Mark, verlangt hatte, zu vierzehn Tagen Gefängnis und 400 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

*

Der Vorsitzende der Rheinlandkommission, Tirard, ist nach Paris abgereist; man glaubt im Zusammenhang mit der Separatistenfrage.

*

In Paris ist eine offizielle chinesische Handelsmission unter Führung des chinesischen Großindustriellen Chang zur Förderung der französisch-chinesischen Handelsbeziehungen eingetroffen.

*

Aus Prag wird gemeldet: Durch gemeinsamen Beschluß der französischen und der tschechoslowakischen Regierung wird der gegenseitige Paßvisumzwang mit dem 1. November aufgehoben.

*

Der frühere englische Lordkanzler Birkenhead ist von seiner Amerikareise zurückgekehrt. Lloyd George sprach in Philadelphia über die Reparationsfrage.

*

Aus Genf meldet das „Echo de Paris", daß die italienische Regierung sich endgültig geweigert habe, an einer Unterstützung des internationalen Friedensbureaus in Bern teilzunehmen.

*

Die neue schweizerische Note als Antwort auf die französische Note vom 25. Oktober in der Freizonenfrage ist durch den Pariser Schweizer Gesandten im Laufe des Dienstagnachmittags der französischen Regierung übergeben worden.

*

Der Kgl. griechische Gesandte Exzellenz Canellopoulos ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen.

*

Die japanische Kolonie beging am Mittwoch vormittag den Geburtstag des Kaisers Yoshihito durch einen Festakt im Botschaftsgebäude am Königsplatz.

*

Die Ernennung des Senators Kellog zum amerikanischen Gesandten in London wird offiziell bestätigt.

Für Ausschließung Eberts.

Berlin, 31. Okt. Die gestrige Konferenz der Berliner Funktionäre der S. P. D. nahm gegen das Vorgehen der Reichsregierung in Sachsen Stellung und schloß sich dem sächsischen Vorschlag auf Ausschluß Eberts aus der Partei an.

Hierzu bemerkt der „Vorwärts" u. a.: Solche Beschlüsse tragen nicht dem Umstand Rechnung, daß sich die Tätigkeit des Staatsoberhauptes in der Stille des Beratungszimmers vollzieht, so daß ohne genaue Kenntnis der vertraulichen Vorgänge ein zuverlässiges Urteil über sie nicht möglich ist.

Stettin, 31. Okt. Der Bezirksvorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung auf, zurückzutreten, um den ehrlichen Namen der Partei durch ein weiteres Verbleiben in der Regierung nicht noch mehr zu diskreditieren. Gleichzeitig spricht der Bezirksvorstand dem sächsischen Proletariat im Kampfe um sein verfassungsmäßiges Recht die vollste Sympathie aus und ruft die Parteimitglieder Pommerns zur Solidarität auf.

Der Bezirksvorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Sachsen-Ost beschloß am 28. Oktober einstimmig, daß nach den letzten Ereignissen Reichspräsident Ebert nicht mehr als Parteigenosse zu betrachten und sein Ausschluß zu fordern sei. Weiter fordert der Bezirksvorstand den sofotigen Rücktritt der sozialdemokratischen Mitglieder aus dem Reichskabinett.

Heute Entscheidung der Krise.

Der Reichskanzler erkrankt.

Besprechungen mit den Sozialdemokraten.

Berlin, 1. Nov. Nachdem die Reichsregierung gestern abend von den Beschlüssen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in Kenntnis gesetzt worden war, sollte heute vormittag eine Besprechung zwischen dem Reichskanzler und den sozialistischen Ministern einerseits und den Führern der sozialdemokratischen Fraktion Hermann Müller und Wels andererseits erfolgen. Infolge der außergewöhnlichen Arbeitslast der letzten Zeit ist der Reichskanzler erkrankt und muß auf dringenden Rat der Aerzte das Bett hüten. Aus diesem Grunde konnte die vorgesehene Aussprache mit den Sozialdemokraten nicht erfolgen. Auch die Kabinettssitzung, die auf 10½ Uhr anberaumt worden war und sich mit den Verhandlungen der Industriellen von Rhein und Ruhr mit den Franzosen beschäftigen sollte, fiel aus. Sie wird möglicherweise im Krankenzimmer des Reichskanzlers stattfinden.

Was die Forderungen der Sozialdemokraten anbetrifft, so ist man in Parlamentskreisen, wie das „Berliner Tageblatt" hört, der Auffassung, daß sie die Möglichkeit zu einer Verständigung bilden. Als Punkt 1 der Forderungen ist die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes genannt. Eine solche Beseitigung des militärischen Ausnahmezustandes erscheint angesichts der gegenwärtigen Lage augenblicklich unmöglich. Es läßt sich darüber erst reden, wenn die gegenwärtige Spannung nachgelassen hat. Die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes ist schon im Hinblick auf die bayrische Frage notwendig.

Eine Beratung des Reichskabinetts über die Antwort Bayerns hat bisher noch nicht erfolgen können. Die Meldungen über Rüstungen rechtsradikaler Organisationen an der bayrisch-thüringischen Grenze liegen auch der Reichsregierung vor. Diese hat sofort eine Untersuchung eingeleitet, die noch im Gange ist. Wie nachträglich gemeldet wird, hofft der Kanzler die Führer der Sozialdemokraten im Laufe des Nachmittags noch empfangen zu können. Für diesen Fall ist die Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion auf heute abend 9 Uhr vorgesehen.

*

Berlin, 1. Nov. **Nach der heutigen Kabinettssitzung, die sich im wesentlichen mit der Frage der Verhandlungen der Industriellen mit den Franzosen beschäftigte, in der man aber noch zu keinem endgültigen Beschluß kam, wurden die Abgeordneten Hermann Müller, Dr. Breitscheidt und Wels vom Reichskanzler empfangen. Die Sozialistenführer trugen noch einmal die Wünsche ihrer Partei vor. Der Reichskanzler erklärte, daß er noch keine endgültige Stellungnahme zu den einzelnen Punkten habe nehmen können. Er müsse zuvor mit den Führern der bürgerlichen Koalition sprechen. Diese Besprechung ist auf Freitag vormittag 11 Uhr festgesetzt. Um 12 Uhr wird darauf eine Kabinettssitzung stattfinden, welche die endgültige Entscheidung darüber bringen dürfte, ob die Koalition in ihrer jetzigen Zusammensetzung beisammen bleibt. Die Beschlüsse der Kabinettssitzung werden in der nachmittags 4 Uhr stattfindenden Fraktionssitzung der Sozialdemokraten erörtert. Die für heute abend angesetzte Fraktionssitzung wurde abgesetzt.**

Deutsche Männer und Frauen!

Höchste Eile tut not!

Berlin, 31. Okt. Das deutsche Volk hungert. Tausende unserer Brüder und Schwestern sind nicht mehr in der Lage, sich selbst zu ernähren. **Darum Frauen und Männer Deutschlands,** rufen wir Euch in letzter Stunde zur Mitarbeit auf. Es gilt jetzt Hunger und Elend zu beseitigen, um das deutsche Volk vor Verzweiflungsschritten zu bewahren, durch die die deutsche Einheit gestört und Deutschland in den Zustand der Kleinstaaterei zurückgedrängt würde. Der Kampf gegen Hunger und Not ist Menschenpflicht, ist aber auch Pflicht gegenüber dem deutschen Vaterlande zur Erhaltung des Staates. Dieser Aufgabe will sich in vollem Umfange die „Deutsche Reichshilfe" widmen. Ihr Hauptsitz und Geschäftsstelle befinden sich in Magdeburg, Zollstraße 1 B. und Berlin, Kurfürstendamm 181. Die „Reichshilfe", gebildet von Frauen und Männern aller Stände ohne Rücksicht auf politische Parteistellung, will durch feststationierte Küchen helfen, die Ernährung der notleidenden Kreise des deutschen Vaterlandes zu sichern.

Verbände und Einzelpersonen, stellt Eure Arbeitskraft sofort der Reichshilfe zur Verfügung. Männer und Frauen, gebt Eure Spenden an Geld und Lebensmitteln an die Sammelstellen. Geldspenden nimmt jede Bank unter Konto „Reichshilfe" entgegen, Sammelstellen für Lebensmittel werden an den einzelnen Orten bekannt gegeben.

Frau Reichspräsident Ebert, Frau Reichskanzler Stresemann, Frau Katharina von Oheimb, Frau Dr. Marie Elisabeth Lüders, Frau Christ. Teusch, Frau Cornelie Hoensch, Graf Kanitz, Reichsminister für Ernährung u. Landwirtschaft.

Alle deutschen Banken werden gebeten, Beiträge für die Reichshilfe anzunehmen und sie sofort wertbeständig anzulegen. Verfügungsberechtigt ist Frau Katharina v. Oheimb, Berlin W., Kurfürstendamm 161, an die die Banken ihre Mitteilungen über die eingegangenen Beträge richten mögen.

Entspannung in Sachsen.

Dresden, 1. Nov. Die Lage in Dresden hat sich wesentlich entspannt. Die Ministerien sind heute früh von der Reichswehr geräumt worden. Sächsische Schupo versieht den Dienst. Die alten Beamten, auch die vom Wehrkreiskommando 4, versehen seit heute wieder ihren Dienst.

Berlin, 1. Nov. Der sächsische Ministerpräsident Fellisch erklärte einem Berichterstatter der „Voss. Ztg.", daß es die erste Aufgabe der neuen sächsischen Regierung sein werde, die Abberufung des Reichskommissars zu erreichen. Er habe den Reichskanzler telegraphisch von der Bildung der neuen Regierung in Kenntnis gesetzt und gebeten, die Abberufung Dr. Heinze's zu veranlassen.

Wiederaufnahme der Arbeit.

Berlin, 1. Nov. Wie die Blätter aus Dresden melden, erläßt die sächsische Sozialdemokratie in Gemeinschaft mit den freien Gewerkschaften einen Aufruf an die streikenden Arbeiter, Angestellten und Beamten, in dem der Streik für beendet erklärt wird, da die Ursache des Proteststreikes durch die Neubildung der Regierung fortfalle. Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaftsinstanzen, einschließlich der Kommunisten, fordern die Wiederaufnahme der Arbeit.

Der Streik wird voraussichtlich morgen keine Auswirkung mehr haben. Die Arbeiter werden morgen die Arbeit wieder aufnehmen, da die Ansicht vorherrscht, daß es ein sogenannter wilder Streik sei, obgleich die Spitzenverbände ihn empfohlen haben.

Antritt der neuen Regierung.

Dresden, 1. Nov. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit: Heute abend, nach der Vereidigung des Ministerpräsidenten Fellisch vor dem Landtag und der sofort danach erfolgten Wiedereröffnung des Ministeriums wird die neue Regierung ihr Amt antreten. Der Reichskommissar Dr. Heinze wird nach der Konstituierung der Regierung seine Tätigkeit sofort einstellen.

Aufhebung der Ausnahmeverordnung gegen Sachsen

Berlin, 1. Nov. Halbamtlich wird mitgeteilt: daß der Reichspräsident, nachdem inzwischen in Sachsen eine neue Regierung gebildet worden ist, durch Verordnung heute die am 29. Oktober auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassene Ausnahmeverordnung gegen Sachsen wieder aufgehoben ist.

*

Außer den kommunistischen sind jetzt auch sämtliche sozialdemokratische Zeitungen in Sachsen verboten worden.

Die Vorgänge an der bayrisch-thüringischen Grenze

Berlin, 1. Nov. Der „Vorwärts" meldet aus Sonneberg Einzelheiten zu dem umlaufenden Gerücht über Kampfvorbereitungen illegaler Organisationen auf bayrischem Boden unweit der thüringischen Grenze. Laut „Tagebl." sind diese Gerüchte in Berliner parlamentarischen Kreisen Gegenstand lebhafter Erörterungen. Nach einer Meldung des „B. T." werden die Gerüchte über einen Aufmarsch militärischer Verbände an der bayrisch-thüringischen Grenze an Berliner zuständigen Stellen für übertrieben erachtet. Um eine Beruhigung zu schaffen, ist jedoch eine Untersuchung angeordnet worden.

Berlin, 1. Nov. Ueber die Vorgänge an der bayrisch-thüringischen Grenze meldet das „Berl. Tagebl.": Die eingeleitete amtliche Untersuchung hat bis jetzt ergeben, daß auf der thüringischen Grenze ein großer Teil der Landespolizei und auf der bayrischen Selbstschutzorganisationen in der Stärke von etwa 2 Regimentern sich befinden. Da die beiden Parteien bisher abwartend sich verhalten haben, ist es zu ernsten Zwischenfällen bisher nicht gekommen.

Ein unmögliches Kabinett.

Dresden, 31. Okt. In sozialdemokratischen Kreisen wird verbreitet, der in der letzten Sitzung des sächsischen Landtages gewählte Ministerpräsident Fellisch beabsichtige, sein Kabinett in folgender Weise zusammenzusetzen:

Präsident: Fellisch, Inneres: Liebmann, Wirtschaft: Kretzig, Arbeit: Graupe, Finanzen: Heldt, Justiz: Neu, Volksbildung: Fleißner. Der für die Leitung des Wirtschaftsministeriums ausersehene Landtagsabgeordnete Kretzig ist Gewerkschaftsführer, späterer Herausgeber des Verbandsorgans der Textilarbeiter und war vor dem Kriege Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Löbau.

Das von Fellisch beabsichtigte Kabinett ist schlechterdings unmöglich. Ganz abgesehen davon, daß es keine Mehrheit im Landtage hat — Fellisch ist nur mit 46 Stimmen gewählt, die Mehrheit beträgt aber 49 Stimmen —, muß für die Zusammensetzung die allerschwersten Bedenken hervorrufen. Das sächsische Volk ist gewiß bereit, auf die Wünsche des Reiches jede Rücksicht zu nehmen und darin bis zur äußersten Grenze zu gehen. Diese Grenze wird erreicht, wenn man ihm seinen Ministerpräsidenten Fellisch zumutet. Er ist es ja gewesen, der die Radikalisierung der sächsischen Sozialdemokratie Schritt für Schritt vorbereitet und geleitet hat, jene Radikalisierung, die die Regierungstür erst für die Unabhängigen und dann für die Kommunisten geöffnet hat. Er wird in der sächsischen Geschichte als der Schrittmacher der trostlosen Entwicklung genannt, die wir jetzt so schmerzhaft durchleben. Es mag auch eine gewisse Gerechtigkeit darin liegen, wenn er gerade versuchen will, den von ihm verfahrenen Karren wieder flott zu machen. Damit ist aber, wie gesagt, die Grenze des Erträglichen erreicht und ein Wagnis eingegangen, dessen Ausgang das sächsische Volk mit scharfer Spannung und nicht ohne besorgtes Mißtrauen erwartet.

Weit über die Grenzen des Erträglichen aber geht es hinaus, wenn die Namen Liebmann, Graupe und Fleißner auf der Kandidatenliste stehen. Liebmann hat als Polizeiminister — wenn man es milde, ja fast beschönigend aussprechen will —, völlig versagt. Die Unsicherheit in Westsachsen, die in der Hauptsache das Eingreifen des Reiches erforderte, fällt auf sein Schuldkonto, u. es gibt nicht wenige gute Kenner der Verhältnisse, die in ihm keinen Minister für öffentliche Sicherheit, sondern einen bewußten Förderer der Unsicherheit, einen sehr tüchtigen Agenten der kommunistischen Gewalttätigkeiten zu erkennen glauben. Graupe aber hat noch in allerjüngster Zeit in der Nähe der offenen Meuterer gegen das Reich gestanden; Arm in Arm mit den Kommunisten Böttcher und Heckert hat er auf dem Chemnitzer Betriebsrätekongreß den gegen das Reich gerichteten Generalstreik vorbereiten helfen. Auf die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 13. Oktober ds. Js. hat er so gründlich gepfiffen, daß die Unsicherheit auf arbeitrechtlichem Gebiet in Sachsen die Form der Anarchie anzunehmen droht. Und Fleißner als Minister für Volksbildung! Selbst die Linke hat ihm offen genug mit unverhüllter Deutlichkeit seine mangelnde Eignung für diesen Platz bestätigt, der nur niederreißen unter schärfster Verletzung der Empfindungen aller derer, die nicht auf das sozialistische und antireligiöse Dogma schwören.

Die Rücksicht auf das seit Jahren in geradezu sozialistischer Weise gemarterte Empfinden der verfassungs- und reichstreuen nichtsozialistischen sächsischen Volkshälfte fordert gebieterisch, daß diese drei Namen von der Ministerliste verschwinden; sie sind dort unmöglich. Ein Kabinett, wie das von Fellisch geplante, schafft keine Beruhigung, sondern bedeutet die Fortsetzung des seit Jahren in Sachsen tobenden Krieges gegen das wehrlos gemachte Bürgertum.

Die billige psychologische Rücksichtnahme auf die nichtsozialistische Volkshälfte verlangt aber nicht allein die Streichung dieser drei Namen, vielmehr müssen an ihre Stelle Namen treten, die eine Gewähr schaffen, daß das neue Kabinett politisch nicht gegen das Bürgertum, sondern mit ihm, nicht gegen das Reich, sondern mit ihr regiert, daß es die Tür zu den Kommunisten nicht bei erster Gelegenheit wieder öffnet, sondern dauernd geschlossen hält. Diese Gewähr ist nicht gegeben durch Männer, die wie Fellisch aus der sozialdemokratischen Fraktion, aus den Reihen ihrer Vertrauensleute genommen werden, sondern durch solche, die das Bürgertum kennt, deren Eignung und Vertrauen, deren Zuverlässigkeit gegenüber zersetzenden Tendenzen über jeden Zweifel erhaben ist. (So wird uns aus Sachsen gemeldet.)

Bayerns Standpunkt.

v. Preger wieder in Berlin

München, 31. Okt. Amtlich wird mitgeteilt: Der bayrische Ministerrat beschäftigte sich gestern mit der von der Reichsregierung an die bayerische Regierung gerichteten Frage, ob sie bereit sei, in kürzester Frist die verfassungsmäßige Befehlsgewalt des bayerischen Teiles der Reichswehr wiederherzustellen. Die bayrische Staatsregierung hat am 22. Oktober den bayerischen Teil der Reichswehr zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Bayern und zur Wahrung der bayerischen Interessen bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Bayern und dem Reich als Treuhänderin des deutschen Volkes verpflichtet. Diese Maßnahme ist auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erfolgt. Der dadurch geschaffene Zustand gilt daher als verfassungsmäßig. Die Veranlassung dazu bildeten die neuerlichen Eingriffe in die bayrischen Hoheitsrechte. Sie haben die grundsätzlichen Fragen des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern aufgerollt. In erster Linie muß diese Frage im Interesse des Reiches und der Länder einer endgültigen Lösung entgegengeführt werden, um die Sicherung dafür zu schaffen, daß Konflikte zwischen Reich und Ländern für die Zukunft unmöglich sind, die bisher Jahr auf Jahr das Einvernehmen des Reiches und der Länder erschüttert haben. Einigkeit bestand auch darüber, daß eine Aenderung des Oberbefehls des bayrischen Teiles der Reichswehr untragbar wäre. Die Fassung der der Reichsregierung zu erteilenden Antwort bleibt weiterer Beratung vorbehalten.

Der bayrische Gesandte Dr. v. Preger ist Mittwoch früh aus München in Berlin eingetroffen und hat sich gleich nach seiner Ankunft mit der Reichsregierung in Verbindung gesetzt.

Auch die bayrische Frage ist noch gänzlich ungeklärt. Herr v. Preger, der bayrische Gesandte in Berlin, erstattete heute mittag dem Reichskanzler Bericht über den gestrigen Ministerrat, in dem bekanntlich eine Einigung darin festgestellt worden ist, daß eine Veränderung im Oberbefehl des bayrischen Teiles der Reichswehr untragbar wäre. Das bedeutet, also das Festhalten Bayerns an General von Lossow.

Der demokratische Fraktionsvorstand kam gestern zu dem Entschluß, eine Abordnung zum Reichskanzler zu entsenden, um ihn aufzufordern, die Autorität des Reiches gegen Bayern durchzusetzen. — Veranlaßt durch die Gerüchte von einer Kabinettsumbildung in Berlin, haben die vaterländischen Verbände Bayerns in einem Telegramm an den Reichsverband folgende Stellungnahme kundgegeben: Die vereinigten vaterländischen Verbände Bayerns sehen die Voraussetzung für die Lösung der deutschen Frage nur in einer rein völkischen und nationalen Diktatur. Eine Reichsdiktatur, die sich auf General Seeckt stützt, gibt diese Gewähr nicht.

*

Am Sonnabend tritt der Aeltestenrat des Landtages zusammen, um sich mit der Frage zu beschäftigen, ob und wann der bayrische Landtag einberufen werden soll.

Wirtschaftliche Druckmittel gegen Bayern?

Voraussichtliches Verbleiben der SPD in der Koalition.

Berlin, 31. Okt. Nachdem die Lösung der sächsischen Krise eine weitere Bedrohung der breiten Koalition nicht mehr mit sich zu bringen scheint, wird in Berlin wieder das Hauptaugenmerk auf die bayrische Frage gelenkt. Die Parteien der Koalition hielten gestern mit Ausnahme der Deutschen Volkspartei Fraktionssitzungen ab, in denen man durchweg auch zu dieser Frage Stellung nahm. In der Sitzung des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei wurde bezeichnenderweise zur Frage der breiten Koalition überhaupt noch kein Beschluß gefaßt, sondern auch hier die Entscheidung der heutigen Fraktionssitzung überlassen. Es kann aber als so gut wie sicher angesehen werden, daß in dieser Sitzung, allerdings wohl gegen eine große Opposition, das Weiterverbleiben in der Koalition beschlossen wird, da man in sozialdemokratischen Kreisen von einem Ausscheiden unerwünschte Verwickelungen der innerpolitischen Lage und ein Nachgeben gegenüber Bayern erwartet. Letzteres allerdings wird nicht zu erwarten sein; vielmehr wird in den nächsten Tagen, falls bis dahin noch kein erwünschter Bescheid aus Bayern eintrifft, mit Zwangsmaßnahmen des Reiches zu rechnen sein. Diese werden insbesondere auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete erfolgen, und werden wahrscheinlich mit der Sperrung der Löhne für die Reichswehr in Bayern beginnen, um dann allmählich überhaupt den Wirtschaftsverkehr vom Reich nach Bayern aufhören zu lassen. Die Maßnahmen werden in Berlin damit begründet, daß Bayern, da es sich durch sein Verhalten außerhalb des Reiches stellt, auch die entsprechenden Konsequenzen aus dieser Tatsache ziehen müsse. Durch diese Maßnahmen würde man die bayrische Frage aus dem Zustande verfassungsrechtlicher und persönlicher Konflikte hinaus zu einem offenen Konflikt und zu einem Wirtschaftskrieg im Rahmen des Reiches führen.

Eine Warnung Dr. Heims.

München, 1. Nov. In seiner Ansprache an die zum Parteitag erschienenen Vertreter der bayrischen Volkspartei kam Dr. Heim, laut „Bayr. Kurier", auch auf die Frage der Separation Bayerns zu sprechen. Wenn man ihn frage, so erklärte Dr. Heim, ob die Separation Vorteile oder Nachteile bringe, wenigstens augenblickliche, so müsse er sagen ja, und zwar gewaltige. Er zweifle nicht, daß z. B. die bayrische Mark besser stehen würde als die österreichische Krone. Wollen wir nun, so fuhr Dr. Heim fort, mit dem Reiche hungern, oder zum Rettungsmittel der Separation greifen? Die Separation brächte uns wohl einen augenblicklichen Erfolg, wir würden aber später um so tiefer in den Abgrund gestoßen werden. Er warne seine Freunde eindringlich von einer solchen Politik.

Die Sonderbündler-Bewegung.

Smeets gibt die Hoffnung auf.

Berlin, 1. Nov. Das „Berl. Tagebl." meldet, daß der Sonderberichterstatter des „Excelsior", der die bisherige Sonderbündlerbewegung als aussichtsvoll geschildert hatte, jetzt anderer Meinung ist. Er erklärt heute, daß er sich davon überzeugen konnte, **daß vorläufig der Boden für die Aufrichtung eines großen politischen Freistaates noch nicht fest genug sei. Die Bevölkerung** sei teilnahmslos und die Führer der Bewegung untereinander nicht einig. Smeets, den der Zeitungsmann in Bonn aufgesucht hat, sei fest entschlossen, der Bewegung fern zu bleiben. Er habe mit Bitterkeit darüber gesprochen, daß die jetzigen Führer der Sonderbündler in wenigen Tagen das vernichtet hätten, was er in vier Jahren aufgebaut habe. Die brutale Gewalt könne der Bewegung nur schaden. Nach der Meinung Smeets hätte die Rheinlandbewegung durch den Völkerbund vorbereitet werden müssen. Mit der jetzigen Bewegung wolle er keine Gemeinschaft haben.

Poincaré an England.

Paris, 1. Nov. „Matin" schreibt, Poincaré habe Lord Crewe bei der Ueberreichung der englischen Note über die separatistische Bewegung geantwortet, die rheinische Bewegung sei keineswegs eine französische Schöpfung, die von den Besatzungstruppen ermutigt worden sei. Frankreich wünsche, daß künftig eine Barrière des Friedens und der Sicherheit zwischen Frankreich und Deutschland errichtet werde und nicht nur materiell, sondern auch moralisch in die Militarisierung eintrete.

*

Im Kampf um Liebe.

Roman von Rudolf Zollinger.

(Nachdruck verboten.)

„Solange Sie an ihn gebunden sind —! Das heißt also für alle Ewigkeit!"

„Die Dauer eines Menschenlebens und die Ewigkeit — das sind zwei sehr verschiedene Zeiträume, Doktor Holthausen! — Jens Jenssen zählt sechsundfünfzig Jahre."

„Aber er ist ein Riese, der Sie und mich überleben kann. Es wird mich verrückt machen, zu denken, daß Sie die schönsten Jahrzehnte Ihres Lebens an der Seite eines brutalen Greises vertrauern werden müssen!"

„Jahrzehnte?" fragte Luisa. — „Glauben Sie wirklich? — Wissen Sie, daß Doktor Rathjens sich geweigert hat, länger der ärztliche Berater meines Verlobten zu sein? Und wissen Sie auch, weshalb er sich dessen geweigert hat?"

„Wie soll ich das wissen? Ist Jenssen denn nicht kerngesund?"

„Doktor Rathjens muß doch wohl anderer Meinung sein! Er verlangte von ihm eine vollständige Aenderung seiner Lebensweise. Keine üppigen Tafelfreuden, keine Trinkgelage und keine durchschwärmten Nächte mehr. Und als mein Verlobter ihn mit solchen Vorschriften auslachte, sagte er ihm gerade ins Gesicht, daß er andernfalls nicht eins gegen tausend auf die Erreichung seines sechzigsten Lebensjahres wetten würde. Nun hat Jenssen feierlich geschworen, überhaupt nie wieder einen Arzt zu konsultieren."

Sie hatte die letzten Worte lachend gesprochen, und nun streifte sie bedächtig die langen Handschuhe über ihre schönen Arme herauf. Doktor Holthausen sah ihr zu wie einer, der mit seinen Gedanken in weiter Ferne ist. Plötzlich aber, indem er wieder auf sie zutrat und sein erregtes Gesicht dem ihrigen ganz nahe brachte, fragte er mit beinahe klangloser Stimme: „Weshalb erzählen Sie mir das, Luisa? Ich muß von Ihnen hören, weshalb Sie es mir erzählen!"

Sie glitt mit einem spöttischen, fast geringschätzigen Blick über ihn hin. Dann drehte sie sich kurz um und drückte auf den Knopf der Klingelleitung.

„Wenn Sie den Grund nicht erraten, so nehmen Sie an, ich hätte es ganz gedankenlos getan! — Meinen Mantel, Lina, und meinen Schal! — Und sagen Sie Sennor Magnus, daß ich wahrscheinlich noch vor Abend zurück sein werde."

„Sie wollen sich nicht einmal von Ihrem Vater verabschieden, Luisa?"

„Nein! — Ich kann mit dem Eindruck, den ich da drinnen empfangen würde, nicht in eine lustige Gesellschaft gehen. — Kehren Sie jetzt nach Hause zurück, Doktor?"

„Ja. — Ich habe keine Patienten mehr zu besuchen, und ich werde von meiner Schwester erwartet."

„Der Sie natürlich nicht erzählen dürfen, daß Sie bei der schlimmen Luisa Magnus waren! — Fräulein Inge behält mich doch wohl noch immer mit ihrem Haß."

„Sie beurteilen meine Schwester falsch, — Luisa! Sie grollt Ihnen, weil sie errät, daß ich durch Sie unglücklich bin. Hätten Sie meinen Antrag angenommen, ich bin sicher, Inge würde Sie vergöttert haben!"

Luisa schüttelte den Kopf.

„Sie werden mir schon gestatten müssen, etwas anders über Fräulein Holthausen und ihre Empfindungen für mich zu denken! Aber das ist ja auch nicht so wichtig! Darf ich Ihnen einen Platz in meinem Auto anbieten? Da Sie auf der Uhlenhorst wohnen wie mein Verlobter, haben wir ja den nämlichen Weg."

Er zögerte; aber als nun die Zofe mit dem Mantel eintrat, nahm er ihn ihr aus den Händen und legte ihn mit ritterlicher Behutsamkeit um Luisas schöne Schultern.

„Ja, ich fahre mit Ihnen," flüsterte er ihr zu. Es ist schmachvoll und unwürdig, daß ich mich dazu hergebe, Sie diesem Menschen gewissermaßen zuzuführen! Aber ich bin ja nun einmal nichts anderes mehr als ein willenloses Spielzeug in Ihren Händen!"

Mit bestrickend liebenswürdigem Lächeln blickte sie zu ihm auf. Dann brach sie eine der blaßroten Rosen und steckte sie in das Knopfloch seines Ueberrockes.

„Denken Sie, es wäre ein Stückchen von meiner Seele in dieser Blume! — Und nun kommen Sie! Der arme Jens hat mir ja geschrieben, daß er vor Sehnsucht nach mir schon beinahe vergeht."

2. Kapitel.

Jens Jenssens Villa auf der Uhlenhorst zu Hamburg war äußerlich ein ziemlich nüchterner Backsteinbau inmitten eines großen, ebenso nüchternen Gartens; im Innern aber gab sie bis in den letzten Winkel hinein Zeugnis für die üppigen Neigungen ihres Besitzers.

Man wußte nicht mit voller Sicherheit, woher Jens Jenssens Vermögen stammte; denn er war erst vor etlichen Jahren aus Amerika nach Deutschland zurückgekehrt. Wohl hatte er gelegentlich von Silberminen gesprochen, die er im Staate Kolorado besessen habe; aber es war einmal ein Gerede gegangen, daß er Eigentümer einer berüchtigten Spielhölle in Denver gewesen sei.

Ob dies Gerücht auf Wahrheit beruhen mochte oder nicht, in den Augen seiner Hamburger Freunde hatte es ihm jedenfalls nicht geschadet. Was er auch immer früher gewesen sein mochte, heute war er für sie ohne allen Zweifel ein Mann, dem sich nur Gutes nachsagen ließ. Denn für die Leute, die ihm gefielen, hatte er ein allezeit gastlich offenes Haus und eine freigebige Hand. Dabei legte er in der Wahl seines Umgangs auf Herkunft, soziale Stellung und Geistesbildung viel weniger Gewicht, als auf Trinkfestigkeit, guten Humor und die nötige Dosis von Unempfindlichkeit gegen seine eigenen, nicht immer allzu zarten Späße. Auf den Verkehr mit der vornehmeren Gesellschaft hatte er vollständig verzichtet, seitdem seine ersten Versuche, sich in diese Gesellschaft einzuführen, eisiger Zurückhaltung oder unzweideutiger Abweisung begegnet waren. Es genügte ihm, die anerkannte und gefeierte Größe in einem Kreise von Leuten zu sein, die ihm willig schmeichelten, weil sie hier und da in die Notwendigkeit versetzt wurden, seine Großmut in Anspruch zu nehmen. In solcher Umgebung fühlte er sich wohl, und von den Festen, die er bis vor kurzem in seinen vier Wänden für diese Intimen veranstaltet haben sollte, erzählte man sich in der Nachbarschaft die wundersamsten Geschichten.

(Fortsetzung folgt.)

Die Sonderbündlerwirtschaft in Duisburg.

Essen, 1. Nov. In Duisburg erzwangen die Sonderbündler-Polizisten die Oeffnung der Läden, die dann von der nachdrängenden Menge ausgeraubt wurden. Von einer Bezahlung selbst mit dem Separatistennotgeld war fast in keinem Fall die Rede. In den Hauptstraßen sind fast alle Läden auf diese Weise ausgeräubt. Der große Konsumverein „Eintracht", der sich auf die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften stützt, ist durch die Plünderungen schwer geschädigt worden, weshalb er zum Selbstschutz durch seine Mitglieder gegriffen hat.

Belgischer Kabinettsrat.

Brüssel, 1. Nov. Außenminister Jaspar hat im gestrigen Kabinettsrat die Mitteilung gemacht, daß der englische Botschafter Graham ihn aufgesucht habe. Der Hauptzweck des Besuches war, dem belgischen Kabinett offiziell mitzuteilen, daß die englische Regierung sich weigere, die neue Regierung im Rheinland anzuerkennen, die von den Separatisten eingesetzt worden ist.

Das Konferenzprogramm.

London, 1. Nov. Das englische Kabinett beschloß am Dienstag, ohne jede Milderung von Poincarés Bedingungen den möglichst schnellen Zusammentritt der Sachverständigenkommission zu betreiben, geleitet wohl von der Erwägung, die Kommission werde die schnelle Erfüllung ihrer Aufgaben unter Poincares Bedingungen als unmöglich erklären und Erweiterung ihrer Befugnisse verlangen, was Poincaré vor eine peinliche Wahl stellen werde.

Berlin Konferenzort?

Paris, 1. Nov. Die englische Regierung richtete heute nachmittag an die alliierten und assoziierten Regierung eine neue Note, worin die Einberufung eines Sachverständigenkomitees vorgeschlagen wird, welches in Berlin im Monat November zusammentreten soll. Die Nachricht von dem Eintreffen der neuen Note rief in Paris außerordentliche Aufregung hervor. Man wendet sich insbesondere dagegen, daß die Sachverständigenkommission in Berlin tagen soll und wünscht, daß die Reparationskommission in steter Fühlungnahme mit diesem bleibe, weshalb die Beratungen in Paris stattfinden müssen. Ferner dringt man in Paris darauf, daß vor einer Besprechung zwischen deutschen Delegierten und dem Sachverständigenkomitee ein Anhören der deutschen Vertreter durch die Reparationskommission stattfinde, von der man auch fordert, daß sie das Programm der Beratungen der Sachverständigenkommission ausarbeitet. Aber das könnte, wie in Paris erklärt wird, erst geschehen, wenn die Reparationskommission mit den deutschen Vertretern Fühlung genommen hätte. Die französische Taktik laufe selbstverständlich auf eine Verzögerung des Zusammentritts des Sachverständigenkomitees hinaus.

Der belgische Ministerrat tagte heute unter dem Vorsitz von Theunis. Die auswärtige Lage wurde erörtert. Es scheint beschlossen worden zu sein, daß Belgien darauf dringen wolle, daß nur alliierte und amerikanische Vertreter zu diesem Sachverständigenkomitee zugelassen werden sollen.

Protestnote an Frankreich.

Paris, 31. Okt. Einer Meldung des „Echo de Paris" zufolge wird heute eine Note der englischen Regierung dem Quai d'Orsay übergeben werden, in der England gegen die Rheinpolitik Frankreichs protestiert. England erklärt, daß die ganze Bewegung den Gefühlen der rheinischen Bevölkerung nicht entspreche. Die Haltung der Regierungen von Paris und Brüssel wird kritisiert und erklärt, daß diese dem Versailler Vertrag widerspreche. Die englische Regierung kündigt an, daß sie eine rheinische Regierung, die sich bilden wurde, weder tatsächlich noch juristisch anerkennen wolle.

Nach einer Wiesbadener Meldung des „Matin" arbeitet die Rheinlandregierung einstweilen ohne Zusammenhang. Infolgedessen erwartet man Dorten in Koblenz, damit er Anordnungen erlasse und die ganze Regierungsmaschinerie organisiere. Die provisorische rheinische Regierung hat die Unverschämtheit, mitzuteilen, daß sie eine Volkszählung der in den Rheinlanden lebenden Preußen veranstalten wolle. Sie behauptet ferner in einem gestern erlassenen Bericht, daß zahlreiche preußische Beamte sich aus dem ganzen Gebiet der rheinischen Republik ihr unterworfen hätten und verschiedene ihren Dienst für die neue Republik versehen. Der Bericht erwähnt ferner blutige Zwischenfälle in Montabaur.

England und Amerika

im vollen Einvernehmen.

London, 1. Nov. Der scheidende amerikanische Botschafter Harvey sprach gestern bei einem Essen, an dem auch Lord Curzon teilnahm, von der fast völligen Regelung der Beziehungen zwischen Großbritannien und Amerika und erklärte, er habe nach dem, was er von Lord Curzon erfahren habe, Grund zur Annahme, daß noch vor seiner Abreise am Samstag die zwei oder drei Fragen, die noch zu behandeln seien, erledigt sein werden. Er werde die große Ehre und Freude haben, seinem Nachfolger vollkommen reinen Tisch zwischen den Vereinigten Staaten und dem britischen Reich zurückzulassen.

Goldmarkmiete vom Dezember ab?

Ein Gesetzentwurf, der in seinen Grundzügen von der Reichsregierung jetzt fertiggestellt ist, behandelt eine Neuregelung der Mietszinsbildung. An Stelle der jetzt geltenden gesetzlichen Mieten soll die Miete auf Goldbasis treten. Bei der Neuordnung, die am 1. Dezember 1923 in Kraft treten soll, soll für die Mietszahlung zugrunde gelegt werden die Friedensmiete. Vorgesehen ist einstweilen für Dezember 20 Prozent der Friedensmiete. Von Monat zu Monat soll dann diese Grundziffer jeweils um bestimmte Prozente erhöht werden, bis sie die Friedensmiete voll erreicht. Die monatliche Grundzahl der Friedensmiete soll jedesmal mit dem Reichsindex vervielfältigt werden. Die so errechnete Summe stellt dann die gesamte Friedensmiete dar, die jetzt auf Grund des Reichsmietengesetzes zu zahlenden verschiedenen Zuschläge würden also fortfallen. Die Neuordnung erstreckt sich neben der anderweitigen Festsetzung des Mietzinses ferner auch auf die Verwendung der einkommenden Miete. Diese soll nämlich nach der Tendenz des neuen Gesetzes nur zu einem Bruchteil wie es heißt, etwa einem Fünftel oder einem Drittel, dem Hausbesitzer zufließen. Den Rest des Aufkommens an Miete will das Reich für sich in Anspruch nehmen. Als Versicherung dieses Anspruches des Reiches soll eine, allen anderen Aufwendungen vorangehende Grundschuld treten. Für die Verwendung der für das Reich vorbehaltenen Mietserträge sind im Prinzip Bestimmungen dahin getroffen, daß diese Summen zur Förderung des Wohnungsbaues dienen sollen. Allerdings ist auch vorgesehen, daß der Finanzminister besondere Verwendungsgrundsätze aufstellen kann, soweit diese vom Reichsanteil an den Mietserträgen für Wohnungsbauten flüssig gemacht werden. Es finden noch Beratungen statt.

Zur Festsetzung der Mieten in mit öffentlichen Zuschüssen errichteten Wohnungsbauten stellt der Minister für Volkswohlfahrt Richtlinien auf, nach denen, wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, die Mieten in Neuwohnungen im Hinblick auf die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse noch nicht so festzusetzen sind, daß sie eine angemessene Verzinsung der gesamten Herstellungskosten der Neubauten ergeben. Gleichwohl muß diesem Ziele mehr als bisher zugestrebt werden, ebenso wie es unerläßlich ist, die Mieten in Altwohnungen in ein angemessenes Verhältnis zur Geldentwertung zu bringen. Die Neumiete soll etwa das Dreifache der Gesamtmiete in der entsprechenden Altwohnung unter Abrechnung der Wohnungsbauabgabe betragen. Die Mietfestsetzung für Neuwohnungen wird dann als nicht zu hoch anzusprechen sein, wenn sie zunächst die Hälfte der in Betracht kommenden Friedensmiete in Goldmark nicht übersteigt.

Aus Stadt und Land.

Schwerte, den 2. November 1923.

Erinnerungen.

1810 Einführung der Gewerbefreiheit in Preußen.
1846 Der schwedische Dichter Esaias Tegnér gest.
1887 Die schwedische Sängerin Jenny Lind gest.
1915 Fall der Festung Kragujevac.

Der Sternenhimmel im November.

Dieser Monat ist der mittlere der drei Herbstmonate: demgemäß zeigt auch der Himmel, wenn wir ihn zur gewohnten Stunde betrachten, gegen 8 Uhr, daß von der Wintergruppe im Osten der größte Teil schon aufgegangen ist, und gleichzeitig im Westen von der ausgedehnten Sommergruppe bereits ein erheblicher Teil untergegangen ist. Denn der Bootes mit Arktur ist zum Teil verschwunden, ebenso der Schlangenträger und die Schlange. Nahe dem Horizont steht die Krone im Nordwest. Nur Herkules und Leier stehen noch hoch im Westen, und im Südwesten in der Milchstraße Schwan und Adler. Diese liegt sehr günstig zur Betrachtung, da sie quer über das Zenit hinweg zieht. Der Süden des Himmels enthält weniger ausgezeichnete Bilder. Wassermann, Pegasus, Walfisch und Fische enthalten keine auffallend hellen Sterne. Manchmal kann man nachsehen, ob Mira im Walfisch wieder anfängt sichtbar zu werden. Der Stern wird im Frühjahr ins größte Licht kommen, und einige Monate vorher beginnt er langsam von der 9. Größe an aufzusteigen. Hoch im Südost liegt die Gruppe aus Perseus, mit dem schnell veränderlichen Algol, aus Andromeda, Cassiopeja und im Zenit dem Cepheus. Hier liegt zwischen Perseus und Cassiopeja in der Milchstraße ein leicht auffindbarer Doppelsternhaufen, und in der Andromeda der große Spiralnebel. Von der Wintergruppe ist der Stier mit Hyaden und Plejaden schon lange aufgegangen. Capella im Fuhrmann steht schon hoch, die Zwillinge im Nordosten sind eben erschienen, ebenso der größere Teil des Orion. Nur die beiden Hunde mit Prokyon und Sirius erscheinen erst vor Mitternacht. Der große Bär bewegt sich unterhalb des Polarsterns von Westen nach Osten. Mit der Sichtbarkeit der großen Planeten steht es schlecht. Denn Merkur, Jupiter und Saturn sind noch ganz unsichtbar. Venus wird zum Schluß des Monats Abendstern. Mars zieht unsere Aufmerksamkeit besonders auf sich, er geht rechtläufig in der Jungfrau gegen 4 Uhr morgens auf, und wird das ganze kommende Jahr sichtbar werden, uns immer näher kommend. Dadurch nimmt sein Glanz dauernd zu, so daß der Stern im Sommer ein auffallend hellrot leuchtendes Gestirn werden wird, heller und größer als in dem für die Marsforschung so wichtigen Jahre 1909. Am 22. Aug. findet die größte Annäherung des Planeten an die Erde statt, und jene Wochen werden von der Wissenschaft mit allen ihren zu Gebote stehenden Mitteln ausgenutzt werden, um der Lösung des Marsproblems näher zu kommen. Die Sonne bewegt sich weiter nach Süden, bis zu 7 Grad in diesem Monat, und dadurch werden unsere Tage von neun Stunden 50 Minuten auf acht Stunden 25 Minuten verkürzt. Der Monat ist ziemlich ergiebig an Meteoren, darunter zwei besondere. Zunächst am 13. bis 15. der reiche Schwarm der Leoniden, die aus dem Löwen auszustrahlen scheinen. Der Schwarm hängt mit dem Kometen 1866 I zusammen, hat eine Umlaufszeit von 33 Jahren, und zeigte bisher darum alle 33 Jahre einen besonders reichen Fall, der aber neuerdings auch die störenden Wirkungen des Jupiter auf die Bahn des Schwarmes verhindert worden ist. Dann erscheinen am 23. die Bieliden, der Rest des einstigen Kometen Biela, der sich 1846 vor den Augen der Astronomen zerteilte und nun nur noch als Sternschnuppenschwarm vorhanden ist.

*

— **Tollwutverdacht.** Wir machen auch an dieser Stelle auf die Bekanntmachung der Polizeibehörde in heutiger Nummer aufmerksam betr. Tollwutverdacht. Es sind sämtliche Hunde an Ketten zu legen; frei umherlaufende Hunde werden erschossen. Letztere Maßregel muß zur Sicherheit der Bevölkerung getroffen werden, da bereits ein Kind von einem tollwutverdächtigen Hund gebissen wurde.

—* **Zur Beachtung!** Auf die in heutiger Nummer befindliche Verordnung des Militärbefehlshabers des Wehrkreiskommandos 6 betreffend Verkehr mit Kartoffeln wird auch an dieser Stelle hingewiesen.

—* **Die Auszahlung der Zusatzrente** (Teuerungszulage) für Kriegshinterbliebene und nicht im Erwerbsleben stehende Kriegsbeschädigte für das 1. Novemberviertel findet am Sonnabend den 3. November 1923, vormittags an der hiesigen Stadtkasse statt.

— **Von der Post.** Zufolge einer Verfügung der Oberpostdirektion Dortmund wird beim hiesigen Postamt vom 1. November ab der alte Fernsprech-Nachtdienst aufgehoben. Der Dienst endet bis auf weiteres Werktags und Sonntags um elf Uhr abends.

— **Vom Theater-Wettstreit** am vergangenen Sonntag kehrte die hiesige Theater-Gesellschaft „Minerva" preisgekrönt heim. Unter starker Konkurrenz errangen Minerva folgende Preise: den 1. Vereinspreis, den 1. Herrenpreis H. Seegrefe, den Regisseurpreis Willi Gertel, den 1. Kinderpreis Willi Schmidt, den 2. Damenpreis Frau Emil Schmidt, den 1. Rezitationspreis Paul Weber und den 7. Preis im Couplet Willi Gertel. Somit sind fast sämtliche ersten Preise von Minerva errungen und in Schwerte geblieben.

—* **Die Eichung der Herbstgefäße.** Die Bestimmungen über Herbstgefäße, die jetzt zum ersten Male in die Eichordnung aufgenommen werden, erklären als zulässig Gefäße ohne Einteilung mit einem Raumgehalte von 150, 50, 20, 10, 5 Liter. Solche mit Einteilung haben mindestens zwei gleich große Teilabschnitte von je 4, 2, 5, 10 oder 50 Liter. Als Stoff ist Holz und Metall zugelassen. Die Gefäße dürfen in Tonnen-, Zylinder- oder Kegelform hergestellt sein, sollen aber annähernd kreisförmigen oder ovalen Querschnitt haben. Zur Markierung einer Begrenzung gehören mindestens zwei einander auf der Wand gegenüberliegende Stifte. Die Fehlergrenzen betragen von 50 Litern an 1/250, bei kleineren Maßen 1/200.

—* **Allgemeine Ortskrankenkasse.** Folgende Aenderungen und Neuerungen geben wir hiermit zur Kenntnis: 1. Beitragsberechnung. a) Ab 1. November 1923 werden die Beiträge vom vollen Arbeitsverdienst erhoben. Sie betragen 10 Prozent. Zur Vereinfachung der Berechnung ist der Arbeitsverdienst auf volle 1 Million nach unten abzurunden. Die auf diese Weise vom Arbeitgeber errechneten Beträge sind am Tage nach jeder Lohnzahlung (also nicht mehr 14tägig) an die Kasse einzuzahlen. Auch Abschlagszahlungen gelten als Lohnzahlungen. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, der Kasse bei jeder Beitragszahlung eine Aufstellung über die an die Versicherten gezahlten Gehälter, Löhne pp. einzureichen. Als Arbeitsverdienst gelten auch Sachbezüge. Auf eine namentliche Aufführung der Beschäftigten verzichtet der Vorstand vorläufig für Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten. Hier genügt eine Bescheinigung des Arbeitgebers über die an alle Beschäftigten gezahlten Bruttolöhne in einer Summe. Die Bücher und Belege sind auf Verlangen des Vorstandes zur Einsichtnahme zur Verfügung zu stellen. Bei verspäteter Einzahlung wird, ohne daß eine Mahnung erfolgt, der Betrag um den Unterschied in der Reichsrichtzahl am Fälligkeitstage, aufgerundet auf einen durch 10 Millionen teilbaren Betrag erhöht. Einzahlungen können auf unser Postscheckkonto 6544 Dortmund, unser Scheckkonto 205 bei der Sparkasse Schwerte, unser Bankkonto beim Barmerbankverein und an unsere Kasse, Moltkestraße 44, geleistet werden. Arbeitgeber die trotz dieser Aufforderung die erforderlichen Angaben nicht machen, haben für ihre Beschäftigten die Beiträge nach dem höchsten Arbeitsverdienst in Betrieben gleicher Art zu zahlen. Eine Rückzahlung findet in diesem Falle nicht statt. b) Für Mitglieder, deren Arbeitsverdienst sich schlecht ermitteln läßt (Lehrlinge, Hausmädchen, Lehrköchinnen usw.), gilt die bisherige Lohnstufeneinteilung mit der Maßgabe weiter, daß ab 1. November 1923 als Schlüsselzahl ab Montag jeder Woche die in der Vorwoche bekannte Reichsrichtzahl, auf volle 100 Millionen nach unten abgerundet gilt. Beitragszahlungen haben auch hier nach jeder Lohnzahlung, spätestens aber zu den durch Rundschreiben bekannten Terminen stattzufinden. 2. Ab 1. November tritt das Gesetz betr. Erwerbslosenfürsorge in Kraft. Die Beiträge auf Grund dieses Gesetzes sind mit den Krankenkassenbeiträgen zusammen einzuziehen. Sie werden nach von Hdt.-Sätzen dieses Beitrages berechnet und vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte getragen. Die Höhe des Prozentsatzes wird am 1. 11. 23 durch Aushang im Kassenlokal bekannt gemacht. 3. Durch Verfügung des Versich.-Amtes Schwerte ist der Geschäftsführer der Kasse zum Vollziehungsbeamten und Vollstreckungsbeamten bestellt. Die Kasse wird also Zwangsbeitreibungen und Pfändungen selbst vornehmen.

—* **Die Buchhändlerschlüsselzahl fällt fort.** Zu diesem Thema wird aus Leipzig folgendes mitgeteilt: „Die bisher täglich festgesetzte Schlüsselzahl für den deutschen Buchhandel hat infolge der überstürzten Geldentwertung sich als vollständig unzulänglich erwiesen. Die Vorstände des Deutschen Verlegervereins, der Deutschen Buchhändler-Gilde und des Deutschen Musikalienhändlervereins haben daher beschlossen, die Schlüsselzahl künftighin nicht mehr von Fall zu Fall zu veröffentlichen. Sie soll vielmehr von jedem Buchhändler selbständig an Hand einer Tabelle unter Berücksichtigung des amtlichen Berliner Dollarbriefkurses vom Tage vorher ermittelt werden. Einer Besserung der Mark hat die Schlüsselzahl zu folgen, wenn der Dollarkurs um mehr als eine Stufe der Tabelle zurückgeht. Bei einem Dollarbriefkurs von 62,1—68 Milliarden beträgt die Buchhändlerschlüsselzahl 16 Milliarden, bei einem Dollarkurs von 100 Milliarden 26 Milliarden."

!!! **Ein Waggon Zeitungspapier** kostet jetzt weit über 39 Billionen ℳ, gegenüber 376 Milliarden ℳ in der vergangenen Woche und 2100 ℳ im Frieden. Verhängnisvoller kann die Katastrophe über das deutsche Zeitungsgewerbe nicht hereinbrechen. Unbegreiflich ist es, schreibt dazu der Iserlohner „Kreisanzeiger", daß es immer noch Leute gibt, die bei solchen Verhältnissen sich dennoch weigern, den nachträglich von ihnen durch Nachnahmen eingeforderten Beträge zu bezahlen.

—* **Was bedeutet eine Kilowattstunde?** Die Bezieher von elektrischem Licht dürfte es bei den gegenwärtig hohen Strompreisen interessieren, daß eine Kilowattstunde Lichtstrom verbraucht wird von einer Metalldrahtlampe von 50 Kerzen 18 Brennstunden. Eine 32kerzige Lampe braucht 28 Brennstunden, um eine Kilowattstunde zu verzehren, eine 25kerzige 35 Stunden, eine 16kerzige 55 Stunden, eine 10kerzige 80 Stunden und eine 5kerzige 140 Stunden. Wenn also in einem Haushalt von abends 6—10 Uhr eine 25kerzige Lampe, die zum Lesen vollkommen genügt, gebraucht wird, so bedeutet das monatlich 120 Brennstunden gleich rund 3,4 Kilowattstunden.

Aus den Provinzen.

Hagen. (Milde Strafe!) Der Schurkenstreich in Aplerbeck, der seinerzeit hier berechtigte Empörung hervorrief, unterlag jetzt in der Berufungsinstanz der Beurteilung durch die hiesige Strafkammer. Der Kaufmann Rath von hier fuhr im Frühjahr nach Dortmund und belästigte unterwegs Mitreisende. Ein städtischer Beamter aus Schwerte untersagte dem Burschen sein freches Gebahren. Darüber erbost, denunzierte Rath den Mann bei den Franzosen in Aplerbeck, die den Beamten verhafteten. Die vom Schöffengericht verhängte milde Strafe von sechs Monaten Gefängnis war dem Angeschuldigten zu hoch, weshalb er Berufung einlegte. Die Strafkammer geißelte das verräterische Treiben scharf. Sie erkannte, daß für drei Monate der verhängten Strafe keine Bewährungsfrist in Frage komme, diese Zeit also abzusitzen sei, und verhängte außerdem noch eine Geldbuße von 300 Milliarden Mark. Viel zu wenig!

Rheda (Bezirk Minden). Billionenbetrug. Kürzlich vereinbarte eine Motorenfabrik in Hannover durch den Fernsprecher mit einer hiesigen Firma die Lieferung von 20 Motoren. Abgemacht wurde, daß die Kaufsumme bei Vorzeigung des Duplikatfrachtbriefes gezahlt werden solle. Es kam dann auch ein junger Mann, zeigte einen Duplikatfrachtbrief vor und kassierte den Betrag von mehreren hundert Billionen ein. Als die Motoren ausblieben, erkundigte sich die Firma in Hannover und stellte fest, daß der Duplikatfrachtbrief gefälscht und sie einem Gauner zum Opfer gefallen war.

Solingen. Kölner Polizei in Solingen. Ein Trupp blauer Polizei von Köln ist seit einigen Tagen in Solingen untergebracht, um die Geschäfte im Innern der Stadt vor Demolierungen zu schützen, wie sie während der letzten Unruhen vorgekommen sind.

Neues von der Post.

Die Reichspost- und Telegraphenverwaltung wird ihren gesamten Zahlungs- und Rechnungsverkehr und das Gebührenwesen vom 1. November an auf die Millionenmarkrechnung einstellen. Postanweisungen, Nachnahmen, Postaufträge, Wertangaben bei Wertsendungen, Zahlkarten, Postüberweisungen, Ersatzüberweisungen, Postschecks und Zahlungsanweisungen dürfen vom 1. November an nur über volle Millionen Mark lauten. Bei der Angabe des Betrags in Ziffern ist dabei an Stelle der sechs Nullen das Wort „Millionen" zu schreiben. Die Stammeinlage, die auf jedem Postscheckkonto zu halten ist, wird auf 10 Millionen Mark festgesetzt werden. Bruchteile von 1 Million Mark, die über den 1. November hinaus als Guthaben auf den Postscheckkonten stehen geblieben sind, werden gestrichen.

*

Beschleunigte Abfertigung an den Schaltern.

Zahlreiche Klagen über zu langsame Abfertigung an den Postschaltern haben dem Reichspostminister Veranlassung gegeben, den Dienststellen die schleunige Abfertigung des Publikums erneut zur Pflicht zu machen. Die Postanstalten haben dafür zu sorgen, daß stets genügend Schalter für den Verkehr geöffnet sind. Für den Schalterdienst sind nur solche Beamte auszuwählen, die sich dafür besonders eignen. Großer Wert ist auf schnelle Abfertigung derjenigen Personen zu legen, die nur einzelne Sendungen aufliefern oder kleine Mengen von Wertzeichen einkaufen. Für Massenauflieferungen sind tunlichst besondere Schalter vorzusehen oder es sind Beamte hinter den Schaltern dafür zu bestimmen. Postwertzeichen der gangbarsten Sorten sind zum Verkauf in kleinen Mengen an allen Briefannahmeschaltern, u. U. auch an den Paketannahmeschaltern bereit zu halten. In den Stunden des stärkeren Verkehrs sind bei größeren Ämtern Beamte in Dienstkleidung mit der Regelung des Verkehrs in den Schalterräumen zu beauftragen, die das Publikum in dem Aufsuchen der richtigen Schalter zu unterstützen und in minder wichtigen Angelegenheiten Auskunft zu erteilen haben.

In bei der wirtschaftlichen Notlage des Reiches, die die Postverwaltung dazu zwingt, mit möglichst wenig Personal auszukommen, eine sofortige Besserung auch nicht immer möglich, so verspricht sich die Verwaltung von diesen Maßregeln doch eine allmähliche Besserung der Schalterverhältnisse, namentlich, wenn auch das Publikum Geduld übt und Rücksicht auf die Schwierigkeiten nimmt, unter denen die Schalterbeamten heute arbeiten müssen.

*

Ueberweisung von Bankschecks auf Postscheckkonto.

Das Postscheckamt Berlin hat früher Bankschecks die zur Gutschrift auf ein Postscheckkonto mit oder ohne Beifügung einer Zahlkarte übersandt wurden, kostenfrei eingelöst und den Betrag dann mit Zahlkarte auf dem bezeichneten Konto gutgebracht. Dieses Verfahren hatte einen solchen Umfang angenommen, daß die Einlösung dieser z. T. auf auswärtige Banken lautenden Schecks die Einrichtung besonderer und kostspieliger Vorkehrungen notwendig machte. Es ist daher Anfang September eingestellt worden. Neuerdings hat die Postverwaltung zugelassen, daß eine Zahlkarte über den Betrag des Schecks auf das Postscheckkonto ausgefertigt wird, diese bei einer Postanstalt aufgeliefert und dabei der Scheck in Zahlung gegeben wird, sofern die bezogene Bank sich am Orte oder in nächster Umgebung der Einlieferungs-Postanstalt befindet. Ueber das Verfahren erteilen die Postanstalten Auskunft.

Letzte Drahtmeldungen.

Zwischenfälle mit der Reichswehr.

Dresden, 1. Nov. Das Reichswehrkommando teilt mit: Bis zum 1. November ist von der Reichswehr die Gegend Voigtsgrün-Irfersgrün und die Linie Zschöppingen-Oberlichtenau-Flöha erreicht. In Großenhain wurde am 30. Oktober eine Gruppe von vier Reichswehrleuten, die einen Verhafteten in das Gefängnis führen wollten, auf dem Marsche von einer Menge umzingelt und mißhandelt. Die Polizei alarmierte das Wachtkommando des Reiterregiments Nr. 2, das sofort in die Stadt rückte, das Kommando befreite und die Straße säuberte. Da die Menge den Anordnungen der Truppen nicht Folge leistete, wurde bestimmungsgemäß von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. Fünf Personen wurden verwundet. In der Nacht zum 1. November wurden auf die Kaserne in Großenhain mehrere Schüsse abgegeben. Eine ausgesandte Streife kehrte zurück, ohne die Täter ermittelt zu haben.

Handel und Börse.

Telegraphische Auszahlung am 1. November 1923.

Amsterdam-Rotterdam	52 130 000 000
Buenos Aires	43 107 000 000
Brüssel u. Antwerpen	6 770 000 000
Christiania	20 050 000 000
Kopenhagen	23 057 000 000
Stockholm	35 488 000 000
Helsingfors	3 609 600 000
Italien	6 035 000 000
London	601 500 000 000
Ein Dollar	130 325 000 000
Paris	7 880 000 000
Schweiz	23 859 000 000
Spanien	17 844 000 000
Wien (abgestempelt) je 1 K.	1 895 000
Prag	3 970 000 000
Budapest	7 520 000

Wirtschaftszahlen für das Reich:

Reichsbankgoldindex: eine Goldmark am 31. 10. 17 261 901 762 Papiermark (errechnet nach dem Mittelkurs der Reichsbank).	
Silberankaufspreis ab 29. 10.	7 000 000 000
Reichslebenshaltungsindex vom 29. 10.	13 671 000 000
Reichsbankdiskont ab 8. 10.	90
Buchhändlerschlüsselzahl	18 000 000 000
Buchdruckergewerbeschlüsselzahl ab 30. 10.	800 000 000
Verein deutscher Zeitungsverleger-Schlüsselzahl für den November-Postbezugspreis	3,300
Anzeigenschlüsselpreis vom 31. 10.	24 000 000
Großhandelsindex ab 30. 10.	18 700 000 000
Personen- und Gepäckverkehrsindex ab 1. November	17 000 000 000
Güterverkehrsindex ab 29. 10.	12 000 000 000
Lohnmeßzahl der Reichsarbeiter	10 000 000
Postkarte im Ortsverkehr	20 000 000
Brief im Ortsverkehr bis zu 20 Gramm	40 000 000
Fernpostkarte	40 000 000
Fernbrief bis zu 20 Gramm	100 000 000
für Schwerte:	
Indexziffer f. Schornsteinfegergebühren	13 671 000 000
Gaspreis pro cbm für Oktober	2 500 000 000
Bezugspreis der Schwerter Zeitung für die Woche vom 29. Okt.—3. Nov.	1 000 000 000

Warenmarkt.

Berlin, 31. Okt. Es notierten (in Goldmark für eine Tonne bei Getreide und Hülsenfrüchten für 1 Doppelzentner bei Mehl und Futtermittel): Märkischer Weizen 173—176,25, märkischer Roggen 167—168, märkische Gerste 158—159,50, märkischer Hafer 132—134, Weizen und Roggenmehl 26—28¾, Weizen- und Roggenkleie 780—810, Raps 250—252, Viktoriaerbsen 38—42, Speiseerbsen 35—38, Rapskuchen 10,90—19,95, Torfmelasse 550—570

Berlin, 31. Okt. Rohfutternotierungen (nichtamtlich): Drahtgepreßtes Roggen- und Weizenstroh 13—15, desgl. Haferstroh 12—14, Gerstenstroh 11—13, Roggenlangstroh 11—12, bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 10,5—11,5 loses Krummstroh 9—10, Häcksel 25—26, handelsübliches Heu 8—11, gutes Heu 11—15, (Alles in Milliarden für 50 Kg.)

Anzeigenpreise ab 31. Oktober:

Die Grundpreise betragen:

Für die achtgespaltene Millimeterzeile oder deren Raum:

Lokale	40.— Mk.
Auswärts	80. „
Reklame	140.— „
Auskunftsgebühr	5.— „
Offertengebühr	10.— „

Die Grundpreise sind mit der Schlüsselzahl (ab 31. Oktober 24 000 000) zu vervielfältigen.

Bekanntmachung.

Wegen **Tollwutverdacht** bei einem Hunde sind sämtliche Hunde im Stadtbezirk Schwerte sofort einzusperren oder sicher anzuketten.

Zuwiderhandlungen werden auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen mit den höchsten Strafen belegt. 3269

Schwerte, den 2. November 1923.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

In unser Genossenschaftsregister ist heute die durch Satzungen vom 19. Januar 1923 errichtete Genossenschaft „Westfalia", Westkaufsgenossenschaft der Kolonialwarenhändler von Schwerte, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht mit dem Sitz in Schwerte, eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Erwerbs und der Wirtschaft ihrer Mitglieder, insbesondere durch Einkauf von Waren auf gemeinsame Rechnung und Abgabe derselben zum Handelsbetrieb an ihre Mitglieder, sowie Förderung und Hebung des Mittelstandes. Die Haftsumme jedes Genossen beträgt das dreifache seiner Geschäftsanteile. Der Geschäftsanteil jedes Genossen beträgt 40 000 Mark. Die Mitglieder des Vorstandes sind die Kaufleute Wilhelm Heppe, Hermann Hatting, Julius Mildenberg und Otto Klein, sämtlich in Schwerte. Die Bekanntmachungen erfolgen gezeichnet von zwei Vorstandsmitgliedern oder, wenn sie vom Aufsichtsrat ausgehen, von dessen 1. Vorsitzenden in der Verbandszeitschrift „Der freie Handel" oder falls diese ihr Erscheinen eingestellt hat, bis zur Benennung einer anderen Zeitung im Reichsanzeiger.

Die Einsicht in die Liste der Genossen ist während der Dienststunden des Gerichtes jedem gestattet.

Schwerte, den 25. Oktober 1923. 3267

Das Amtsgericht

6. Division. (Wehrkreiskommando VI) Abt. Ic. Nr. 6624

Verordnung über den Verkehr mit Kartoffeln

Im Anschluß an meine Verordnung vom 22 ds. Mts. Ic Nr 6368 bestimme ich mit Zustimmung des Herrn Regierungskommissars und nach Anhörung von Vertretern der Landwirtschaft für die Provinz Westfalen folgendes:

1. Jeder Landwirt ist verpflichtet, mindestens ein Drittel seiner den Eigenbedarf übersteigenden diesjährigen Kartoffelernte bis zum 10. 11. 1923 abzuliefern bezw. der Gemeindebehörde anzubieten.

2. Wenn jemand dieser Verpflichtung bis zum 10 November ds. Js schuldhaft nicht genügt hat, so wird das Doppelte der rückständigen Kartoffelmengen ohne Entschädigung nach Anordnung des Landrats bezw. Oberbürgermeisters durch die Polizeibehörde enteignet. Falls infolge Frostwetters oder sonstiger Umstände diese Enteignung untunlich ist, tritt an ihre Stelle die Wegnahme eines entsprechenden Wertes nach dem Satze von 2 Goldmark je Zentner.

3. Der Höchstpreis für Kartoffeln beträgt 2 Goldmark ab Hof je Zentner nach dem am Tage vorher amtlich festgestellten Berliner Dollarbriefkurs. Jedes zurzeit der Lieferung gesetzliche Zahlungsmittel muß in Zahlung genommen werden. Die Handelsspanne darf 15 % des Erzeugerpreises ausschließlich Fracht nicht überschreiten. Davon entfallen auf die Großhandelsspanne 5 %, auf die Kleinhandelsspanne 10 %. Liefert der Landwirt die Kartoffeln dem Verbraucher ins Haus, so darf er einen Zuschlag von 0,20 Goldmark, im ganzen 2,20 Goldmark fordern.

Wer den festgesetzten Höchstpreis überschreitet, oder wer einen höheren Preis anbietet, wird mit Gefängnis bis zu 5 Jahren oder Geldstrafe bis zu 15 000 Goldmark bestraft. Die Aburteilung erfolgt durch Ausnahmegerichte. Die Täter sind zunächst in Polizeihaft zu nehmen mit sofortigem Antrag auf Schutzhaft an den Militärbefehlshaber. Die Namen der Verurteilten werden auf ihre Kosten öffentlich bekanntgemacht. 3266

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Münster, den 27. Oktober 1923.

Der Militärbefehlshaber. gez. Unterschrift

FAMILIENANZEIGEN

liefert schnell und billig

„Schwerter Zeitung"

Lichtspiele

„Zur Reichskrone"

Heute bis Montag!

Das Tagesgespräch von Schwerte wird unser heutiges Programm werden.

I.

Ein Bild aus unserer heutigen Zeit:

Times Money!

Zeit ist Geld!

Drama aus dem Leben und Treiben der heutigen Börsen- und Spekulantenwelt.

II.

Der große Abenteuerfilm:

Lisaweta Woronzoff!

Die Fürstin der Ozeanwerft!

Sensations- und Abenteuerdrama in sieben gewaltig spannenden Akten.

Tausche Ziegelsteine gegen Kartoffeln!

Ziegelwerke Hermann Nie,

Hörderstraße.

Mittagstisch

(evtl. auch Abendtisch) in gutem Hause von jungem Manne sofort gesucht. Angenehme Mittagszeit. Gefl. Angebote unter K. G. 1900 an die Schwerter Zeitung.

Schlafzimmer mit Morgenkaffee

für sofort gesucht.

Angebote unter Nr. 7579 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Fischer-Kugellager

Quer-, Längs-, Schräg-, Tonnenlager und Gußstahlkugeln.

Fabrikniederlage:

Carl Bartsch,

Fischer-Kugellager-Vertrieb

Hagen i. W.,

Buschey straße 1a,

Fernruf 673.

Suche für sofort ein tüchtiges 3270

Morgenmädchen.

Wilkes, Bahnhofstraße 19.

Lichtspiele „Zum alten Rathaus"

Freitag Samstag Sonntag.

Ab heute beginnen wir mit dem großen amerikanischen Sensations- und Abenteuerfilm. Das Beste vom Besten. Uebertrifft alles bisher Dagewesene.

Die Jagd auf Menschen

1. Teil 1. Teil

Der Mann der tausend Sensationen!

Sensations- und Abenteuerdrama in sechs gewaltig spannenden Akten. Mit Charles Hutchison dem Hauptdarsteller aus dem Film „Wirbelwind" in der Hauptrolle.

Opfer der Ehe

Drama in fünf Akten mit Charles Willy Kaiser in der Hauptrolle. 3265

Schönste Gabe für Angehörige unserer gefallenen Krieger:

Heldenbuch und Kriegschronik der evangelischen Gemeinde Schwerte

Herausgegeben von Pastor Ohlig.

Der Titel des Buches sagt, was es sein will: ein Heldenbuch, ein schlichtes, einfaches Denkmal, das die dankbare Gemeinde ihren treuen, tapferen Söhnen setzt. Es steht nicht auf ragender Höhe oder am Markte, dafür aber kann es jeder daheim haben und in stiller Stunde zu sich sprechen lassen. Mehr als Namen sind in dies Denkmal hineingeschrieben: die Bilder unserer Helden schauen uns an und ihr Leben geht in kurzen Zügen an uns vorüber. Nicht sollen dadurch alte Wunden wieder bluten — sie sollen heilen durch die Gewißheit: unsere Toten sind nicht vergessen und werden nicht vergessen werden. Wenn an uns keiner mehr denkt: lebt ihr Bild weiter bei Kind und Kindeskind.

Das Heldenbuch enthält die Bilder aller Gefallenen der evangelischen Gemeinde Schwerte, die zu erhalten waren, ferner einen kurzen Lebenslauf auch derjenigen, deren Bild nicht eingesandt wurde.

Damit ist jeder trauernden Familie und Angehörigen unsrer gefallenen Söhne sowie auch Vereinen und Schulen Gelegenheit gegeben, unsern schlafenden Helden ein dauerndes Ehrenmal in ihrer Mitte zu setzen. Kinder und Kindeskinder wollen's lesen und werden gerne darnach greifen

Grundpreis Mk. 5,— mit der Schlüsselzahl (zur Zeit **18 000 000 000**) multiplizieren.

Verlagsbuchhandlung Carl Braus, Schwerte (Ruhr), Große Marktstraße 3-5